

# AKTIVES MUSEUM

Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.



SCHWANENWERDER IM NATIONALSOZIALISMUS  
Ein Inselrundgang

MITGLIEDERRUNDBRIEF 62 · JANUAR 2010

## INHALT

---

- 2 Editorial**  
Christine Fischer-Defoy
- 4 Schwanenwerder im Nationalsozialismus. Ein Inselrundgang**  
Christine Fischer-Defoy
- 12 Überlegungen zur anstehenden Eröffnung des Neubaus der Stiftung Topographie des Terrors**  
Matthias Haß
- 16 Der Umgang mit dem Denkmal für die Bücherverbrennung auf dem Bebelplatz**  
Micha Ullman
- 17 Die Wanderausstellung über Varian Fry hat in Röbel/Müritz Station gemacht**  
Robert Bauer und Marion Neumann
- 18 Ansprache zur Eröffnung der Ausstellung „Verraten und verkauft“ im Foyer der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin**  
Christoph Kreuzmüller
- 20 Rede bei der Trauerfeier für Gerhard Leo**  
Annette Leo
- 23 Publikationen des Aktiven Museums**
- 24 Impressum**

Liebe Mitglieder, liebe Freundinnen und Freunde,

Das hat es in der Geschichte des Vereins bisher noch nicht gegeben: Im November 2009 waren drei unserer Ausstellungen parallel zu sehen: „HAYMATLOZ – Exil in der Türkei“ im August-Bebel-Institut in Berlin samt umfangreichem Rahmenprogramm, „Verraten und Verkauft. Jüdische Gewerbeunternehmen in Berlin 1933-1945“ im Wirtschaftswissenschaftlichen Institut der Humboldt-Universität und „Ohne zu zögern: Varian Fry: Berlin – Marseille – New York“ in der ehemaligen Synagoge in Röbel an der Müritz! Ich möchte an dieser Stelle allen Beteiligten für diesen organisatorischen Kraftakt danken.

„Vor die Tür gesetzt“, eine weitere Ausstellung des Vereins über die verfolgten und ermordeten Berliner Stadtverordneten und Magistratsmitglieder, wird ab dem 15. Januar 2010 im Rathaus Lichtenberg anlässlich der dortigen „Langen Nacht der Politik“ noch einmal zu sehen sein. Erinnerung sei in diesem Zusammenhang an unsere Bemühungen, für alle ermordeten Stadtverordneten und Magistratsmitglieder Spender zur Verlegung eines „Stolpersteines“ zu finden. Christine Kühnl-Sager hat diese Aktion mit großem Engagement zum erfolgreichen Ende gebracht. Alle Patinnen und Paten waren am 16. September 2009 zu einer Feierstunde im Berliner Rathaus eingeladen, bei der neben der Chefin der Senatskanzlei Barbara Kisseler und Kultur-Staatssekretär André Schmitz auch Christine Kühnl-Sager und Gunter Demnig sprachen. Mehrere Paten stellten danach „ihre“ Stadtverordneten vor.

„Das Gedächtnis der Stadt ist der Stadtraum – und der Flächennutzungsplan (FNP) sollte gerade an diesem idyllischen Ort den Missbrauch von Eigentum und Stadtraum durch die NS-Machthaber nicht verdrängen“, so heißt es in einem gemeinsamen Brief der Topographie des Terrors, der Gedenkstätte Haus der Wannseekonferenz und des Vereins Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin an Thomas Flierl, den derzeitigen Stadtentwicklungspolitischen Sprecher der Fraktion Die Linke im Berliner Abgeordnetenhaus. Worum geht es? Das Land Berlin beabsichtigt, im FNP



Schild an der Zufahrt zu Schwanenwerder, um 1940

der 25 Hektar großen Insel Schwanenwerder im Großen Wannsee vier zur Zeit unbebaute Grundstücke in Bauland umzuwandeln, um diese dann meistbietend – die Rede ist von ca. 20 Millionen Euro – zu verkaufen. Doch es geht dabei um historisch kontaminiertes Gelände, deshalb schlossen sich die drei Berliner Institutionen dem Protest der LINKEN an. Ihr Vorschlag: wenigstens eines der Grundstücke als öffentlichen Park zugänglich zu machen und dort in einer Open-Air-Ausstellung die Geschichte Schwanenwerders im Nationalsozialismus zu erzählen. Darüber hinaus sollen entlang der Inselstraße, die Schwanenwerder als Rundweg erschließt, Informationstafeln zur wechselvollen Geschichte einzelner Grundstücke aufgestellt werden. Dazu ein erster Inselrundgang in diesem Heft.

Der Vorstand des Vereins hatte sich mehrfach mit der Frage beschäftigt, was gegen den Missbrauch des Bebelplatzes für kommerzielle Zwecke (Berlin Fashion Week etc.) und die temporäre Überbauung des Denkmals von Micha Ullman zur Erinnerung an die Bücherverbrennung 1933 zu tun sei. Nun gibt es eine von der Fraktion Die Linke initiierte Petition, Erstunterzeichner sind Hans Coppi, Bärbel Schindler-Saefkow und Ingeborg Simon. Wir dokumentieren in diesem Heft den Brief von Micha Ullman zur Petitionsausschusssitzung am 15. Dezember 2009. In dieser öffent-

lichen Anhörung wurde darüber informiert, dass die Veranstalter der „Fashion Week“ einen unbefristeten Vertrag zur Nutzung des Bebelplatzes mit dem Bezirk Mitte geschlossen haben. Die nächste „Fashion Week“ findet bereits vom 20. bis 24. Januar 2010 statt. Über Aktionen dazu werden wir rechtzeitig über unseren E-Mail-Verteiler informieren.

Am 7. Dezember 2009 fand auf Initiative von André Schmitz im Centrum Judaicum ein erstes Treffen zur Koordination von Ausstellungen und Veranstaltungen anlässlich des 80. Jahrestages der Machtübergabe von 1933 und des 75. Jahrestages der Novemberpogrome von 1938 statt. Es ist geplant, im Jahr 2013 dezentral in möglichst vielen Institutionen der Stadt mit Projekten an diese beiden Ereignisse zu erinnern. Für einige der Beteiligten glich das Treffen einem Déjà-vu-Erlebnis, trafen sich dort doch nicht wenige mittlerweile ergraute Mitwirkende des 1983 ebenfalls dezentral und über das Jahr verteilten Veranstaltungsprogramms „1933: Zerstörung der Demokratie, Machtübergabe und Widerstand“, aus dem seinerzeit auch die Gründung des Aktiven Museums hervorging. Waren es damals doch recht exklusiv die linken Geschichtsinitiativen, so werden sich nun, 30 Jahre später, viele renommierte Kulturinstitutionen aller Couleur an der Erinnerungsarbeit beteiligen. Über den Fortgang dieser Planungen werden wir in den kommenden Rundbriefen weiter berichten.

Seit 2005 fand im Schöneberger Rathaus jährlich von Januar bis April die Ausstellung „Wir waren Nachbarn. Biografien Jüdischer Zeitzeugen“ statt, deren Kernstück über 120 Familienalben von ehemaligen jüdischen Bewohnern des Bayerischen Viertels sind. Seit Beginn des Projektes sind jährlich neue Alben oder Erweiterungen schon bestehender Alben hinzugekommen, von denen viele auch von Laien-Historikern und von heutigen Bewohnern dieses Viertels erarbeitet wurden. Die kommende Ausstellung wird am Sonntag, dem 24. Januar 2010, um 18:30 Uhr im Schöneberger Rathaus eröffnet. Ab dann wird die Ausstellung wohl zu einer Dauereinrichtung im Schöneberger Rathaus werden – nicht zuletzt dank finanzieller Unterstüt-

zung durch die Senats-Kulturverwaltung. Neben dem Kunstamt von Tempelhof-Schöneberg ist der Verein „frag doch! Verein für Begegnung und Erinnerung e.V.“ die treibende Kraft bei der ständigen Erweiterung der Ausstellung.

Im ehemaligen Polizeigefängnis „Columbia-Haus“ auf dem Tempelhofer Feld befand sich seit Mitte 1933 ein Gestapo-Gefängnis und dann eines der ersten KZ des Nazi-Regimes. Hier wurden bis zur Auflösung wegen der Flughafenerweiterung Ende 1936 rund 8.000 Menschen inhaftiert, gefoltert und viele von ihnen auch ermordet. Der Ort geriet lange in Vergessenheit und erst 1994 wurde ein kleines Mahnmal errichtet, allerdings auf der dem eigentlichen historischen Ort gegenüber liegenden Straßenseite. Nun gibt es aufgrund der anstehenden Öffnung des Flughafengeländes Initiativen für die Errichtung eines Informations- und Gedenkortes. Im Dezember 2009 diskutierten Vertreter von unterschiedlichsten Organisationen in der Galerie Olga Benario über verschiedene, auch stadtparlamentarische Pläne zur Realisierung. Das Thema wird 2010 sicherlich auch uns beschäftigen.

Im September 2009 verstarb unser langjähriges Mitglied Gerhard Leo. Anlässlich der Trauerfeier hielt Annette Leo eine bewegende Rede auf und über ihren Vater, die wir am Ende dieses Heftes leicht gekürzt dokumentieren.

Allen Mitgliedern und Freunden wünschen wir ein erfolgreiches Jahr 2010!

*Dr. Christine Fischer-Defoy*

## SCHWANENWERDER IM NATIONALSOZIALISMUS. EIN INSELRUNDGANG

---

Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts war die Insel Schwanenwerder, die damals noch Cladower Sandwerder hieß, Weideland. Der Berliner Lampenfabrikant Kommerzienrat Friedrich Wilhelm Wessel (um 1830-1898) erwarb 1882 die gesamte Insel für 27.000 Reichsmark, legte in den folgenden Jahren einen Landschaftspark an und verkaufte die einzelnen Grundstücke, die mit privaten Sommerhäusern bebaut wurden. Die Insel wurde durch eine Brücke mit dem Festland verbunden. Erst 1901 erhielt sie den Namen „Schwanenwerder“. Wessel selbst bewohnte mit seiner Familie den „Schwanenhof“ an der **Inselstraße 11/13/37**. Im Amtlichen Adressbuch von Berlin sind 1930 fünfzehn Anwesen mit ihren jeweiligen Eigentümern noch ohne Hausnummern genannt, neun von ihnen waren in jüdischem Besitz.

Die Inselbewohner waren auf vielfältige Weise miteinander verbunden: Viele gehörten trotz unterschiedlicher Namen zu einer Großfamilie (Salomonsohn, Solmssens oder Goldschmidt, Goldschmidt-Rothschild), trugen Verantwortung im selben Bankhaus, der Disconto-Gesellschaft, später der Deutschen Bank (Salomonsohn, Solmssen, Mosler, Schlitter, Wassermann) oder saßen in der Leitung des gleichen Unternehmens, wie im Falle von „Michel & Cie“ (Feilchenfeld, Gugenheim). Zudem gehörten die meisten der gleichen Generation an: von den männlichen Inselbewohnern des Jahres 1930 waren sechs 1868/69 geboren, die anderen gruppierten sich in den Jahrgängen davor oder danach, sie waren also um 1930 etwa 60 Jahre alt und werden sich Schwanenwerder als Altersruhesitz mit Kindern und Enkeln erträumt haben.

Im Adressbuch des Jahres 1936, nun mit den Hausnummern der Inselstraße versehen, sind die Gebäude Inselstraße 2, 6 und 18 als „unbewohnt“, die Adressen

Inselstraße 12-14 und 24-26 als „ungenannt“ und das Anwesen Inselstraße 32 als „unbekannt“ bezeichnet, das Haus Inselstraße 16 enthält nach der Nennung des Eigentümers Sobernheim den Zusatz „(Ausland)“. Das Grundstück Inselstraße 8-10 trägt die Bezeichnung „Sommerhäuschen“, dann ab 1939 zusammen mit dem Nachbargrundstück den Vermerk „ungenannt“ – Joseph Goebbels wollte anonym bleiben. 1943 sind im Adressbuch lediglich zwei Häuser angeblich noch in jüdischem Eigentum: Das „Haus Salomonsohn“ in der Inselstraße 20 und das Gebäude in der Inselstraße 34, für das hier noch „Israel'sche Erben“ genannt sind.

Wäre Adolf Hitler, wie von der Reichskanzlei geplant, nach Schwanenwerder gezogen, wäre ein Drittel der Insel, von der Inselstraße 8 bis zur Inselstraße 26 in der Hand der nationalsozialistischen Führungselite gewesen. Von den NS-Größen, die nun auf Schwanenwerder wohnten, ließ sich lediglich Hitlers Leibarzt „Prof. Dr. med. Morell“ namentlich ins Adressbuch eintragen – vermutlich war er als Arzt dazu verpflichtet.

Zu den Spuren jüdischer Geschichte auf Schwanenwerder gehören auch mehrere Architekten: das Büro Alfred Breslauer (1866-1954) und Paul Salinger (1870-1942) entwarf die beiden Villen in der Inselstraße 20/22 und 23/26 sowie 1923 den Umbau des Anwesens Inselstraße 32/32a/33. Breslauer wurde 1933 wegen seiner jüdischen Herkunft aus der Preussischen Akademie der Künste ausgeschlossen, der er seit 1921 angehört hatte. Er zog sich zunächst in sein Elternhaus in Potsdam zurück und emigrierte 1939 in die Schweiz. Bis zu seinem Tode wohnte er in Zürich. Sein Kompagnon Paul Salinger, der mit Alfred Breslauers Schwester Elisabeth verheiratet war, wurde zusammen mit ihr 1942 mit einem „Altentransport“ nach Theresienstadt deportiert, wo beide umkamen. Paul Huldshinsky (1889-1947) war als Innenarchitekt für die Villa Inselstraße 7 verantwortlich. Er wurde im November 1938 vorübergehend im KZ Sachsenhausen inhaftiert und emigrierte 1939 in die USA, wo er insbesondere als Bühnenbildner in der Filmindustrie arbeitete. Als Innenarchitekt gestaltete „Hulle“ in Los Angeles unter anderem die Pacific Palisades-Villa von Thomas Mann.



Schwanenwerder, Luftaufnahme von 1937

Der jüdische Architekt Ernst Lessing (1870-ca. 1929) entwarf das Haus in der Inselstraße 34/35, in dem er selbst von 1907 bis 1912 wohnte. 1913 baute er es für den neuen Eigentümer Berthold Israel um.

Bereits im März 1933 hissten Mitglieder des Zehlendorfer SA-Sturmes eine Hakenkreuzfahne auf dem Wasserturm (**Inselstraße 5**, 1937 abgerissen), um die jüdischen Bewohner der Insel einzuschüchtern. Zu ihnen gehörte Werner Feilchenfeld (geb. 1895), der 1931 das Grundstück **Inselstraße 4** erwarb und darauf ein Holzhaus errichtete. Feilchenfeld war seit 1919 zunächst Assistent, dann Syndikus der Berliner Industrie- und Handelskammer und gehörte bis zur Entlassung 1933 als „Kommunalbeamter“ dem Öffentlichen Dienst an. Zugleich saß er im Aufsichtsrat von „Michel & Cie“, das seinem Nachbarn Alfred Gugenheim (siehe unten) gehörte. Feilchenfeld emigrierte im Dezember 1934 nach Palästina, wo er als Handelsunternehmer und Vertreter der Jewish Agency arbeitete. Von 1936 bis 1942 war er dort Generaldirektor der Haavara Trust

and Transfer Ltd. Er wurde 1943 vom Deutschen Reich ausgebürgert. 1951 übersiedelte er als selbständiger Wirtschaftsberater in die USA. Das Grundstück wurde 1934 geteilt. Das so entstandene Teilstück mit der Bezeichnung **Inselstraße 2a** kaufte 1935 Alfred Gugenheim (siehe unter Inselstraße 6), und erbaute dort ein eingeschossiges Sommerhaus. 1938 wurde es an Wilhelm Lohe weiter verkauft. Haus und Grundstück **Inselstraße 4** wurde in Abwesenheit Feilchenfelds 1935 an Herbert und Gertraude Gidion verkauft. Auch sie waren jüdischer Abstammung und mussten das Haus 1939 zum Preis von 30.000 Reichsmark weiter verkaufen, bevor sie 1940 nach Shanghai emigrierten.

In der **Inselstraße 6** steht die 1928/29 erbaute ehemalige Sommervilla des Textilkaufmanns Alfred Gugenheim (geb. 1891), der das Grundstück 1927 erworben hatte. Gugenheim war der Besitzer des Seidenhauses Michel am Kurfürstendamm, einer Filiale des „Textilkaufhauses Michel & Cie“ in der Leipziger Straße 43/44. Haus und Grundstück wurden 1934 zum

Preis von 105.000 Reichsmark an den Generaldirektor der „Auto A.G. Eduard Winter“ verkauft. Eine 1950 beantragte Rückübertragung an die Familie Gugenheim-Michel, in London lebenden Nachkommen von Alfred Gugenheim, scheiterte, das Verfahren wurde eingestellt.

Das Grundstück **Inselstraße 7** gehörte seit 1922 der „Aktiengesellschaft für Industrie und Technik“, deren Hauptaktionär der jüdische Maschinenfabrikant Heinrich Brückmann war. 1930 erwarb es Baronin Marie-Anne von Goldschmidt-Rothschild, geborene Friedländer-Fuld (1892-1973). Sie war mit dem Maler Rudolf von Goldschmidt-Rothschild (1881-1962) verheiratet. Beide emigrierten 1938 in die Schweiz. Im selben Jahr erwarb Albert Speer das Grundstück, das wegen der ausstehenden „Reichsfluchtsteuer“ mit einer Hypothek belastet war, für 150.000 Reichsmark und ließ ein Bootshaus mit eigenem Hafen errichten. 1943 verkaufte Speer es weiter an die Reichsbahn – mit einem erheblichen Spekulationsgewinn. 1959 wurde es an die Baronin Goldschmidt-Rothschild zurückübertragen, die es 1962 an den Bezirk Steglitz verkaufte. Hier entstand eine Jugenderholungsstätte des Bezirks, die 2003 aufgegeben wurde. Die ehemalige Parkanlage mit Kopfsteinpflaster-Wegen, altem Baumbestand und der Hangbefestigung sind dort heute noch erkennbar.

In der **Inselstraße 8-10** erbaute 1922/23 der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Deutschen Bank, Oscar Schlitter (1868-1939) ein Landhaus mit drei Nebengebäuden. 1936 erwarben es Joseph Goebbels und seine Frau Magda für 270.000 Reichsmark. „Nun bin ich im eigenen Haus. Am See und restlos glücklich. Ein Refugium. Hier kann ich ausruhen und Kräfte sammeln“, schrieb Goebbels in sein Tagebuch. Die Familie lebte dort bis 1943, dann zog sie nach Bogensee Nahe Lanke im Kreis Barnim, kehrte aber im März 1945 nach Schwanenwerder zurück. 1945 wurden Haus und Inneneinrichtung zunächst von russischen, dann von US-amerikanischen Soldaten demoliert und geplündert. Das Haus verfiel. 1958 wurde das Grundstück geteilt. Unter der Hausnummer **Inselstraße 8** findet sich bis heute die Wasserschutzpolizeistelle. Das Grundstück

**Inselstraße 10** erwarb 1973 das Land Berlin. Dort entstand auf den Fundamenten des Wohnhauses von Joseph Goebbels ein Neubau, in dem sich seit 1974 das „Aspen Institute Berlin“ befindet.



*Besuch des Prinzregentenpaares von Jugoslawien bei Familie Goebbels in deren Landhaus in der Inselstraße 8-10. Während des Gartenempfangs haben am Kaffeetisch neben Prinzregent Paul, Prinzessin Olga, Joseph und Magda Goebbels auch Arno Breker und Albert Speer Platz genommen, 3. Juni 1939*

Das Grundstück **Inselstraße 9/39/9a/39a** erwarb 1918 der jüdischen Warenhausbesitzer Berthold Israel (1868-1935) mit seiner Frau Amy, geborene Solomon. Er war der Sohn von Nathan Israel, dessen traditionsreiches „Kaufhaus Nathan Israel“ in der Spandauer Straße 28 in Berlin-Mitte zu den ersten Warenhäusern Berlins gehörte. Berthold Israel übernahm von 1899 bis 1928 die Leitung des Unternehmens, das er 1928 seinem Sohn Wilfrid (1899-1943) übergab. Wilfrid Israel war im März und Juni 1933 vorübergehend in SA-Haft, 1937 wurde ihm sein Reisepass entzogen. Das Kaufhaus wurde 1939 an die Emil Köster AG zwangsverkauft. Wilfrid Israel emigrierte im Mai 1939 nach London, wo er für jüdische Flüchtlingsorganisationen arbeitete. Er starb 1943 auf dem Rückflug von Lissabon nach London, als das Flugzeug von der deutschen Luftwaffe abgeschossen wurde. Haus und Grundstück auf Schwanenwerder standen nach dem Tod von Berthold Israel von 1935 bis 1945 unter Zwangsverwaltung.

Sie wurden 1951 an Wilfrids Bruder Herbert Israel (1903-1961) in New York restituiert, der ebenfalls 1939 nach England und von dort 1940 über Haiti in die USA emigriert war.

In der **Inselstraße 12/14** wohnte seit 1930 der Bankier Samuel Goldschmidt (1869-1940) in dem 1906 erbauten Landhaus. Der Direktor des Bankhauses Goldschmidt-Rothschild emigrierte 1934 in die Schweiz. Haus und Grundstück wurden von seinem Schwiegersohn Georg Herz verwaltet, der dort auch wohnte. Im November 1934 wurde wegen einer Grundsteuer-Schuld eine erste Zwangsversteigerung angeordnet, die nach Intervention des Anwalts der Familie abgewendet werden konnte. Bis 1938 folgten jährlich weitere Anordnungen zur Zwangsversteigerung, obwohl die Familie sich bemühte, Steuer- und Hypothekenschulden abzuführen. Der psychische Druck dieser Verfahren, die jeweils öffentlich angezeigt wurden, lässt sich nur erahnen. 1938 wurde Goldschmidt schließlich genötigt, den Besitz für einen Spottpreis von 117.500 Reichsmark zu verkaufen. Auch dieses Grundstück ging 1938 an Joseph Goebbels. Er nutzte das dortige Landhaus als „Dienstwohnung“ und ließ in dem ehemaligen Stallgebäude 1938 ein Privatkino einrichten. 1939 verkaufte Goebbels das Anwesen weiter an den Industriellen Alfred Ludwig. Samuel Goldschmidt starb 1940 im Exil in Nizza.

Das 1913/14 nach Entwürfen von Bruno Paul erbaute „Haus Waltrud“, eine Villa mit 32 Zimmern in der **Inselstraße 16/18**, gehörte Dr. Walter Sobernheim (1869-1945) und seiner Frau Gertrud, geborene Schottländer (1875-1939). Der jüdische Industrielle war seit 1920 Generaldirektor der Vereinigten Schultheiss-Patzenhofer Brauerei-AG in Berlin, damals eine der größten Lagerbier-Brauereien der Welt. Das Ehepaar hatte eine Tochter Lotte, die 1898 in Berlin geboren wurde, und einen Sohn Martin, der 1906 in Berlin zur Welt kam. Für Lotte und ihren Mann Theodor E. Simon erbaute Sobernheim 1927 auf dem Teilstück **Inselstraße 18** ein weiteres Landhaus. 1933 floh die Familie nach Frankreich. Gertrud Sobernheim starb 1939 in Paris. Walter Sobernheim setzte nach ihrem



*Der Landsitz „Haus Waltrud“ von Dr. Walter Sobernheim, Direktor der Schultheiss-Patzenhofer-Brauerei, in der Inselstraße 16/18, um 1920*



*Von Bruno Paul eingerichtetes Kaminzimmer in der Villa „Haus Waltrud“, um 1920*

Tod seine Flucht vor den Nazis fort, ging zunächst nach Südamerika, dann in die USA, und starb 1945 in New York. Die Tochter Lotte Sobernheim starb 1989 in Palo Alto, California, ihr Bruder Martin Sobernheim 1997 in Westminster, England. Das „Haus Waltrud“ stand nach der Flucht seiner Eigentümer 1933 leer. Der UFA-Schauspieler und Regisseur Gustav Fröhlich (1902-1953) erwarb 1936 das Anwesen. 1938 teilte Fröhlich das Grundstück und verkaufte das Teilstück Inselstraße 18 für 140.000 Reichsmark



weiter an Albert Nestler, der die Villa 1941 an Albert Speer und seine Familie vermietete. Der Kaufpreis ging jedoch nicht an die im Ausland lebenden Eigentümer, sondern an das Finanzamt Zehlendorf und auf ein „Ausländersperrkonto“. Das Grundstück **Inselstraße 15/17** kaufte 1938 für 275.000 Reichsmark der Pharmaindustrielle Maximilian Baginski (1891-1964). Baginski begann seine Karriere als Erfinder, zu seinen Patenten gehörten ein „Universal-Flaschenverschluss“ und das Massagegerät „Punktroller“. 1925 erwarb er ein Fabrikgelände in Berlin-Pankow, gewann den Serologen Hans Much als Partner und gründete die „Prof. Dr. Much'sche Präparate m.b.H.“, in der er unter anderem die von Much entwickelte „Spalt“-Tablette produzierte. Die Firma wurde 1945 von der SMAD beschlagnahmt, Baginski wegen der Beschäftigung von Zwangsarbeitern verhaftet und im Lager Buchenwald interniert. Seine Villa in Schwanenwerder wurde im Juni 1945 von der US-amerikanischen Besatzungsmacht übernommen. Hier bezog zunächst der Oberkommandierende der US-Streitkräfte Dwight D. Eisenhower sein Hauptquartier. So wurde in der „Villa Waltrud“ die Potsdamer Konferenz vorbereitet. Später residierte hier General Lucius D. Clay. Max Baginski ging nach seiner Haftentlassung in den Westen und baute seine Firma in Bad Soden neu auf. Er starb 1964 in Locarno. Die Nachkommen Sobernheims stellten nach 1945 einen Antrag auf Rückübertagung ihres Eigentums, da die erzielte Kaufsumme seinerzeit auf ein „Auswanderersperrkonto“ eingezahlt und von dort beschlagnahmt worden war. Das Verfahren endete 1955 mit einem Vergleich, durch den Baginski für 14.000 DM rechtmäßiger Eigentümer wurde. 1971 wurde die „Sobernheim'sche Villa“, die zuletzt als „Siechenheim“ genutzt worden war, abgerissen, da sie nicht unter Denkmalschutz stand.

Die Inselstraße **19/21 und 20/22** gehörten seit 1910 dem jüdischen Bankier und Juristen Arthur Salomonsohn (1859-1930). Er war nach dem Jurastudium zunächst Gerichtsassessor in Berlin. 1912 wurde er Vorsitzender des Aufsichtsrates der Disconto-Gesellschaft und nach der Vereinigung mit der Deutschen Bank 1929 deren Aufsichtsratsvorsitzender. Seit Mitte

der 1920er-Jahre gehörte er zu den Förderern der „Villa Romana“ in Florenz. Er starb 1930 in Berlin. Das Haus erbte seine Ehefrau Alma Bertha Salomonsohn, geborene Barschall. Sie emigrierte mit den beiden Söhnen Kurt Arthur und Max Arthur. Das Anwesen erwarb 1939 die Reichskanzlei, hier sollte ein Domizil für Hitler persönlich entstehen. Überliefert ist, dass Hitler das Grundstück zwar besuchte, jedoch nicht dort einzog. Den Kaufpreis von 250.000 Reichsmark kassierte das Finanzamt Zehlendorf als Rate für die noch ausstehende „Judenvermögensabgabe“ und die „Reichsfluchtsteuer“ Salomonsohns. 1954 schloss die in Philadelphia lebende Alma Bertha Salomonsohn, die sich seit 1944 Solmssen nannte, einen Vergleich, in dem sie gegen eine Abfindungssumme auf die Rückgabe des Anwesens verzichtete. Zurückgegeben wurde jedoch ein Bronzeadler des Bildhauers August Gaul, der sich im Außenbereich befunden hatte. Seit 1954 nutzte der Bezirk Tempelhof das Gelände als Jugend-erholungsheim.

Das Nachbargrundstück **Inselstraße 23-26** gehörte seit 1911 dem Bankier Georg Solmssen (1869-1957) und seiner Frau Giulietta, geborene Aselmeyer. Er war der Sohn des Besitzers der Disconto-Gesellschaft, Adolph Salomonsohn. Um 1900 trat er vom jüdischen zum christlichen Glauben über und änderte seinen Geburtsnamen in Solmssen. Seit 1911 gehörte er dem Vorstand der Disconto-Gesellschaft an. Als die Bankgesellschaft 1929 mit der Deutschen Bank fusionierte, saß er zunächst weiterhin im Vorstand. 1934 wurde er wegen seiner jüdischen Abstammung zum Austritt aus dem Vorstand gezwungen, blieb aber bis zu seiner Emigration 1937 in die Schweiz im Aufsichtsrat. Er starb 1957 in Lugano. Das Anwesen erwarb Hitlers Leibarzt Theodor Morell (1886-1948) 1939 zum Preis von 300.000 Reichsmark inklusive Mobiliar. Er ließ sich im Kaufvertrag zusichern, dass er es nicht aus jüdischem Besitz erworben hatte – denn er kaufte es von der nicht-jüdischen Ehefrau Solmssens. Das Gebäude wurde im Krieg zerstört. Nach Morells Tod stand die Liegenschaft unter Kontrolle der Treuhand. 1956 schloss Morells Witwe mit Giulietta Solmssen einen Vergleich, nach dem das Anwesen



*Bodengymnastik in der „Reichsbräuteschule“ auf Schwanenwerder, 1939*



*Zwei Frauen genießen den Ausblick von der Terrasse der „Reichsbräuteschule“ auf die Havel, 1. Juni 1938*

für eine Rückgewährsumme von 15.000 DM an die Familie Solmssen zurückging. Anfang der 1960er-Jahre wurden die Gebäudereste abgerissen und ein Neubau errichtet.

In der **Inselstraße 27/28** wohnte seit 1913 der Bankier Eduard Mosler (1873-1939). Der Jurist begann seine Laufbahn als Gerichtsassessor in Berlin und trat 1900 als Syndikus in die Berliner Handels-Gesellschaft ein. 1911 wechselte er in die Leitung der Disconto-Gesellschaft, deren Fusion mit der Deutschen Bank er maßgeblich gemeinsam mit seinem Schwanenwerderer Nachbarn Oscar Schlitter von der Deutschen Bank aushandelte. 1934 übernahm er von dem ebenfalls in Schwanenwerder wohnenden und 1933 in der Deutschen Bank entmachteten Oskar Wassermann die Position des Vorstandssprechers. Auch Mosler geriet wegen der jüdischen Herkunft seiner Großmutter unter Beschuss, behielt jedoch Anfang 1939 seine Vorstandposition und übernahm danach den Vorsitz des Aufsichtsrates. Er starb 1939 in Berlin. Haus und Grundstück auf Schwanenwerder gingen 1947 in Besitz der Inneren Mission über und gehören heute der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg.

Die „Villa Schwanenburg“ samt dem „Haus Birkenhof“ in der **Inselstraße 32/33** gehörte seit 1926 dem Zeitungsverleger Leo Goldstaub. Er emigrierte mit seiner Frau Johanna 1934 nach Meran. Das Haus in Schwanenwerder wurde 1936 in Abwesenheit des Eigentümers an die Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft zwangsverkauft. Ein von Goldstaub von Israel aus eingeleitetes Verfahren um Rückerstattung wurde 1958 vom Land Berlin eingestellt.

Auch die **Inselstraße 34/35** mit den Villen „Haus Monbijou“ und „Haus Bellevue“ gehörte seit 1912 dem jüdischen Warenhausbesitzer Berthold Israel (siehe oben). Es wurde von 1936 bis 1945 zwangsverwaltet und dann von der US-amerikanischen Militärverwaltung genutzt. 1951 erhielt es ein Nachkomme von Berthold Israel, Dr. Herbert Israel, zurück.

In der **Inselstraße 37** wohnte seit 1918 als Mieter der jüdische Bankier Oskar Wassermann (1869-1934), ein Nachkomme des 1880 in Bamberg gegründeten Bankhauses A.E. Wassermann. Oskar Wassermann übernahm nach seiner Ausbildung im Bamberger Bankhaus 1889 die Leitung der neu eröffneten Filiale

in Berlin, verließ die Bank aber 1912 und wechselte in den Vorstand der Deutschen Bank. Von 1923 bis 1933 war er dort Sprecher des Vorstandes und machte sich in diesen Jahren für deren Fusion mit der Disconto-Bank stark. Im Juni 1933 wurde Wassermann wegen seiner jüdischen Herkunft von seinem Vorstandsposten in der Deutschen Bank verdrängt. Wassermann engagierte sich in der zionistischen Bewegung und wurde 1922 Präsident des „Keren Hajessod“ und von 1927 bis 1928 Mitglied der „Joint Palestine Survey Commission“. Er war als Förderer zugleich Vizepräsident der „Hochschule für die Wissenschaft des Judentums“. 1934 starb er in Garmisch. Das Bankhaus Wassermann wurde am 1. Januar 1938 zwangsverkauft.



Verlobte von NS-Größen veranstaltete. Das Anwesen ging 1950 in den Besitz des Landes Berlin über und wurde als Zeltlager genutzt. Von 1957 bis zur Schließung 2005 diente es als Kindererholungsstätte des Bezirks Schöneberg. Noch im Original erhalten sind neben dem Einfahrtstor und der Kastanienallee die Auffahrt der Seitenflügel des Wirtschaftstraktes und die Treppenanlage am Hang.

Die **Inselstraße 40** erwarb nach der Teilung 1937 Wilhelm Höffner. Im Original sind dort noch Reste des Bootshafens und Teile der ehemaligen Gartenanlage und Bruchsteinmauern erhalten. Dieses Grundstück ist seit 1947 im Besitz der Wilhelm-Höffner-Stiftung.



Die verwilderte Einfahrten zu den Grundstücken Inselstraße 38 und Inselstraße 42 im Herbst 2009.

Das Grundstück **Inselstraße 38/40/42** gehörte ab 1922 dem jüdischen Fabrikanten Heinrich Brückmann, der darauf den „Amselhof“ mit Wirtschaftsgebäuden, Gewächshaus und Bootshaus errichten ließ. Nach Brückmanns Tod 1929 kaufte Rudolph Karstadt (1856-1944), der Gründer des Warenhaus-Konzerns Karstadt, das Anwesen. Das Grundstück wurde 1937 geteilt. Die „Reichsfrauenführerin“ Gertrud Scholtz-Klink zog 1937 in die Villa **Inselstraße 38**. Der „Amselhof“ wurde umgebaut. Hier entstand die „Reichsbräuteschule“, in der die „NS-Frauenschaft“ bis Kriegsende Lehrgänge für

Für die Jahre zwischen 1933 und 1945 sind insgesamt elf Zwangsversteigerungen auf Schwanenwerder überliefert, sie betrafen jedoch nur in neun Fällen jüdisches Eigentum. Die Verfahren liefen nach ähnlichem Muster ab – und lassen eine Absicht vermuten: vom Finanzamt Zehlendorf wurde eine Steuerschuld (Grundsteuer, Grundvermögenssteuer, Hauszinssteuer oder Gemeindeguschlag) festgestellt. Daraufhin wurde eine Zwangsversteigerung angeordnet. Da die meisten Grundstücke, vermutlich als Folge der Weltwirtschaftskrise Ende der 1920er-Jahre, mit Hypotheken belastet waren und viele der Eigentümer sich bereits im Aus-

land befanden oder nur bedingt in der Lage waren, ihrer im Verhältnis zum Gesamtwert des Anwesens geringen Steuerschuld fristgerecht nachzukommen, wurde vom zuständigen Amtsgericht Lichterfelde eine Zwangsversteigerung festgesetzt. Selma Brückmann und Rudolph Karstadt verzichteten daraufhin auf ihr Eigentum in Schwanenwerder. Mehrere Stücke Weideland auf der Insel, unter anderem aus dem früheren Besitz Brückmann, ersteigerte noch bis 1938 Baronin Goldschmidt-Rothschild, bevor sie selbst emigrieren musste. Versteigert wurde auch das 1901 erbaute repräsentative „Haus Inselhof“ in der Inselstraße 29/31, da die Witwe des 1932 verstorbenen Direktors Karl Veith zahlungsunfähig war. Die Immobilie übernahm 1935 die Deutsch-Asiatische Bank, die bereits im Besitz einer Hypothek auf Haus und Grundstück war. Der „Inselhof“ stand seit 1932 leer und verfiel zusehends. Er wurde 1975 abgerissen.

1945 war die Insel Schwanenwerder praktisch menschenleer, obwohl nur zwei Gebäude durch Bombeneinwirkungen zerstört worden waren. Zunächst wurde die Insel von sowjetischen Truppen besetzt, wenig später an die US-amerikanische Militärverwaltung übergeben. Geplant war dort zunächst eine „Erholungsstätte für die Opfer des Faschismus“ – so war es noch im Sommer 1946 auf einem Schild zu lesen. In den folgenden Jahren entstanden dort mehrere bezirkliche Ferienheime, die im Jahre 2003 aufgegeben wurden.

#### Literatur zu Schwanenwerder:

Hinzuweisen ist auf einen wunderschönen und zugleich informativen Bildband zu Schwanenwerder von Janin Reif, Horst Schumacher und Lothar Uebel: Schwanenwerder. Ein Inselparadies in Berlin, Berlin: Nicolai-Verlag 2000.

Die Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz veröffentlichte 2000 den Katalog „Villenkolonien in Wannsee. Großbürgerliche Lebenswelt und Ort der Wannsee-Konferenz“.

Zur Lektüre empfohlen sei überdies der in Schwanenwerder spielende halb-biografische Roman von Arthur R.G. Solmssen: Berliner Reigen, Frankfurt/Main: S. Fischer Verlag 1986. Der 1928 geborene Autor ist der Enkel von Arthur und Alma Bertha Salomonsohn aus der Inselstraße 19-22.

Mein ganz besonderer Dank gilt Bianca Welzing-Bräutigam vom Berliner Landesarchiv für ihre Hilfe bei der Recherche.

*Dr. Christine Fischer-Defoy*

## ÜBERLEGUNGEN ZUR ANSTEHENDEN ERÖFFNUNG DES NEUBAUS DER STIFTUNG TOPOGRAPHIE DES TERRORS

Im Mai 2010 ist es soweit: Über 20 Jahre nach der Eröffnung des Provisoriums auf dem Prinz-Albrecht-Gelände wird der Neubau der Stiftung Topographie des Terrors eröffnet. Zwanzig Jahre, in denen sich die Beschäftigung mit den Fortwirkungen und Folgen des Nationalsozialismus grundsätzlich verändert hat. Und auch in der Zukunft wird es Weiterentwicklung und Veränderung geben.

Der Verein Aktives Museum hat sich 1983 im Kontext der konkreten Auseinandersetzungen mit der Geschichte von Gestapo, SD und Reichssicherheitshauptamt auf dem Prinz-Albrecht-Gelände gegründet. Über die gesamte Zeit hat der Verein die Entwicklung des Ortes begleitet, kritisch kommentiert und sich ein ums andere Mal genötigt gesehen, praktisch einzugreifen, wenn es so aussah, als ob aus der Versteigerung des Provisoriums eine unendliche Geschichte des Stillstands werden würde. In den Gremien der Stiftung –Stiftungsrat, Internationaler Beirat und Arbeitsausschuss – ist das Aktive Museum weiterhin vertreten und so konnten und können wir aktiv die Weiterentwicklung mitbestimmen.

Rückblickend ist die Beschäftigung mit dem Gestapo-Gelände und mit den auf ihm seinerzeit angesiedelten Terror- und Verfolgungsinstitutionen eine bemerkenswerte Geschichte, mit vielen Verzögerungen und Konflikten, aber letztlich mit vielen Erfolgen und positiven Entwicklungen. Die von Bürgerinitiativen angestoßene Auseinandersetzung mit diesem zentralen deutschen Täterort fand in der Institutionalisierung als Stiftung Topographie des Terrors ihre gesellschaftliche Anerkennung.

Mit der Eröffnung des Neubaus kommt die Phase der Versteigerung zu ihrem Abschluss. Über die Notwendigkeit und Bedeutung der Auseinandersetzung mit der eigenen Tätergeschichte, mit Verfolgung unterschiedlicher sozialer,

politischer und religiöser Gruppen in Deutschland und ganz Europa herrscht heute weitgehend Einigkeit. Wer hätte angesichts vieler Debatten und Konflikte vor 20 Jahren gewagt, dies zu prognostizieren? Die Erforschung der historischen Zusammenhänge dieses Ortes wird auch in der Zukunft weiter von der Stiftung vorangetrieben werden und ihren Niederschlag in sorgfältig erarbeiteten Ausstellungen finden. Im Verbund mit den anderen Berliner NS-Gedenkstätten und universitärer Forschung findet auch dies auf einem damals in den 1980er-Jahren wohl erhofften, aber nicht erwarteten abgesicherten und anerkannten Terrain statt.

Was bleibt? Die Frage, die sich immer wieder neu stellt, ist die des gesellschaftlichen Rahmens, in dem die Arbeit der Topographie des Terrors stattfinden soll. Reicht es uns, die historische Aufklärung über den Nationalsozialismus wissenschaftlich abgesichert voran zu treiben, und der Öffentlichkeit diese in Form immer genauerer Dokumentationen und Ausstellungen zu präsentieren?

Welche Aufgaben gilt es darüber hinaus zu erfüllen, zum einen generell – an vielen Orten, die sich mit dem Nationalsozialismus beschäftigen –, aber eben zum anderen auch speziell an diesem Ort der Tätergeschichte? In welchem Kontext diskutieren wir historische Ereignisse aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts? Welche Möglichkeiten gesellschaftlichen und politischen Handelns ergeben sich aus der hier vor Ort zu gewinnenden historischen Erkenntnis?

Thesenartig seien im Folgenden einige Aspekte umrissen und Vorschläge zur Weiterentwicklung des inhaltlichen Profils der Stiftung Topographie des Terrors zur Diskussion gestellt.

Die Topographie wird – wie alle anderen NS-Gedenkstätten auch – die Geschichte des Nationalsozialismus umfassender vermitteln müssen. Schulen werden hierzu aus unterschiedlichen Gründen immer weniger in der Lage sein. Den Gedenkstätten wird mehr und mehr die Aufgabe der Vermittlung grundlegender Kenntnisse zum Themenfeld Nationalsozialismus zukommen.

Sie sollten die sich neu stellenden Fragen aufgreifen und produktiv zu beantworten suchen. Der Stiftung Topographie des Terrors wird im Zentrum Berlins am zentralen Ort deutscher Tätergeschichte dabei eine besondere Aufgabe zukommen.

Dies gilt es durch ein entsprechendes pädagogisches Konzept zu berücksichtigen. Der historische Ort hat hierfür einen unschätzbaren Wert, der Bezug auf die historischen Ereignisse des Orts wird indes nicht ausreichend sein. Grundlegende historische Kenntnis kann von den Besucherinnen und Besuchern nicht mehr erwartet werden. Anstatt über diesen Befund zu lamentieren, hilft ein nüchterner Blick auf ein paar einfache Sachverhalte, um diesen Zustand zur Kenntnis zu nehmen und auf ihn zu reagieren. Die heutigen Schülerinnen und Schüler sind nach den historischen Umbrüchen von 1989 geboren. Die Nachkriegszeit, die über 40 Jahre den Rahmen für die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus bot, ist selber Geschichte geworden. DDR-BRD-Gegensätze, Kalter Krieg, Ost-West-Konfrontation und europäische Nachkriegsordnung sind nicht mehr erfahrene Realität, sondern zum Teil merkwürdig verschoben anmutende historische Phänomene, selber erklärungsbedürftig. Aufgrund vergehender Zeit ergibt sich eine historische Distanz, die auch Auswirkungen auf die Vermittlung der Geschichte des Nationalsozialismus hat. Hinzu kommt die rapide schwindende Zahl von Zeitzeugen, die authentisch über ihre eigenen historischen Erfahrungen berichten und so ein besonderes Interesse wecken können.

Der Neubau für die Topographie des Terrors wird riesige Erwartungen auch an das pädagogische Programm wecken. Neben die Dauerausstellung werden ständige Wechsellausstellungen treten, die ein jeweils eigenes pädagogisches Begleitprogramm erfordern werden. Für den zentralen Ort der Täter scheint es sinnvoll, ein spezifisches Seminar- und Veranstaltungsprogramm im Rahmen der pädagogischen Arbeit zu entwickeln. An diesem Ort sollte sich konzeptionell die Frage gestellt werden, wie Menschen zu Tätern wurden und werden. Kein anderer Ort in Deutschland, aber auch international bietet sich so sehr an, sich der Frage nach den Tätern zu widmen. Dadurch kann sich

die Topographie auch in einem Bereich profilieren, in dem sie bisher nur wenig in Erscheinung getreten ist.

Fragen von Besucherinnen und Besuchern nach Parallelen in der Gegenwart und aktuellen Bezügen werden in die pädagogische Arbeit aufgenommen werden müssen. Es reicht nicht, auf diese mit Abwehr und gar dem Vorwurf der Relativierung nationalsozialistischer Verbrechen zu reagieren. Aus diesen Fragen spricht vielmehr ein Interesse an der Geschichte, aber es artikuliert sich durch sie eben auch eine große Unsicherheit bei der Beurteilung zeitgenössischer Phänomene. Historische Parallelen sollen hierbei als Hilfe dienen. Allerdings müssen grundlegende Schwierigkeiten bei der Thematisierung von aktuellen Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit der Geschichte des Nationalsozialismus thematisiert werden. Für die Topographie des Terrors sollte es weniger darum gehen, diese Fragen in der pädagogischen Arbeit aktiv und präventiv zu thematisieren. Aufgabe ist es, etwaige aufkommende Fragen konzeptionell in der pädagogischen Arbeit aufzunehmen und erklärend zu beantworten. Perspektivisch sollte über konkrete Vernetzung und Kooperationsprojekte mit im Bereich der Menschenrechtsarbeit arbeitenden Institutionen nachgedacht werden.

Festzuhalten bleibt hierbei auch, dass diese neuen Aufgaben der NS-Vermittlung sich nicht nur an Kinder und Jugendliche richten, sondern auch an ein erwachsenes Publikum. Außerdem muss dem spezifischen Interesse von Besucherinnen und Besuchern aus anderen Ländern Rechnung getragen werden.

Für die Zukunft ist also nicht nur eine inhaltliche Feinjustierung der pädagogischen Arbeit der Stiftung Topographie des Terrors notwendig, sondern eine konzeptionelle Neuorientierung, die den Erfordernissen der Gegenwart und den Besonderheiten dieses Täterortes Rechnung tragen.

Durch den größeren historischen Abstand zum Nationalsozialismus, den Zusammenbruch diktatorischer Systeme nach 1989 und andere Menschenrechtsverbrechen in den letzten zwanzig Jahren gibt

es verstärkt einen historischen Nexus zwischen dem Nationalsozialismus und Sozialismus/Kommunismus/Zweite Deutsche Diktatur und gleichzeitig dem Nationalsozialismus als historischem Phänomen und Mahnung, sich mit heutigen Menschenrechtsverletzungen auseinander zu setzen.

Beide Bezugs- und Motivationssysteme für die Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus sind problematisch. Das so vorschnell herbei zitierte „Jahrhundert der Diktaturen“ verwischt mehr an historischen Zusammenhängen als es uns an Erkenntnis ermöglicht. Jedes eigene diktatorische System verdient es, analysiert zu werden, die Opfer jedes Systems haben Anspruch darauf, Gehör zu finden, entschädigt zu werden, und darauf, dass die Täter zur Rechenschaft gezogen werden. Aber individuelles Leid lässt sich nicht gleichsetzen. Der Versuch der Nivellierung konkreter Geschichte unter dem Deckmantel allgemeiner moralischer Empörung darüber, was Menschen anderen Menschen an Leid angetan haben, will sich in Wirklichkeit mit keiner Geschichte näher beschäftigen.

Auch jenseits der Beschäftigung mit dem Leid der Opfer gibt es augenfällige grundlegende Unterschiede im System wie auch in der konkret durchgeführten Politik des Nationalsozialismus, wenn man ihn mit anderen diktatorischen Regimen vergleicht. Dies auszuführen sprengt den Rahmen, einige Stichpunkte seien erwähnt: Zerstörung jeglicher sozialen, politischen, religiösen, kulturellen Differenz, Rassismus, Antisemitismus, Krieg sind Strukturmerkmale des Nationalsozialismus. Dies gilt in dieser Ausprägung und Umsetzung nicht für die sozialistischen Systeme Osteuropas. So autoritär, diktatorisch und unerbittlich das DDR-Regime mit realen und eingebildeten Gegnern umging und seine eigene Bevölkerung bespitzelte, es gab beispielweise kein System der Konzentrationslager, das integraler Bestandteil des Nationalsozialismus war.

Dennoch wird ein Großteil der öffentlichen Debatte durch diese Gleichsetzung bestimmt, in Bezug auf die Geschichte der DDR wie auf den Gesamtzusammenhang der Auseinandersetzung mit dem Sozialismus. Der Versuch, den 23. August zum europaweiten Gedenktag für die Opfer aller totalitären und autoritären Regime auszurufen, ist hierfür nur ein Beispiel.

Auch die Topographie wird sich dieser Debatte stellen müssen und sollte sich wie andere Gedenkstätten auch aktiv am Diskurs beteiligen. Hierzu gilt es einerseits die historische Aufklärung voranzutreiben und immer wieder in der Öffentlichkeit zu verankern. Andererseits sollte allen Beteiligten klar sein, dass es sich vor allem um eine politisch-ideologische Debatte handelt, in der es nur sekundär um historische Zusammenhänge geht.

Eine weitere Herausforderung für die „Lehren aus dem Holocaust“ ist die Bezugnahme auf die Menschenrechte: „Gerade wir Deutschen müssen uns aufgrund unserer Erfahrungen aus dem Holocaust um die Menschenrechte weltweit kümmern.“ So hätte der Nationalsozialismus doch noch sein Gutes, in dem er uns besonders motiviert, auf die Einhaltung der Menschenrechte zu achten. Dies ist eher ein Armutzeugnis als Triebfeder politischen Handelns und sozialer Verantwortung in der Gegenwart. Wie Ulrich Herbert in Bezug auf die Auseinandersetzung mit dem deutschen Rechtsextremismus vor einigen Jahren richtig festgestellt hat, braucht man noch nie etwas vom Nationalsozialismus gehört zu haben, um zu wissen, dass man andere Menschen nicht totschießt.

Die Verletzung der Menschenrechte weltweit ist so himmelschreiend, dass es keiner historischen Gleichsetzungen bedarf, um diese engagiert zu thematisieren. Der Rückgriff auf die Geschichte ist hierbei irreführend und verfälschend – und letztlich nicht geeignet, heutiges Handeln direkt zu motivieren oder zu unterstützen.

Ein Blick in die internationale Diskussion kann hierbei hilfreich sein. In den USA wird massiv internationales Handeln in Darfur aus der Erfahrung des Holocaust angemahnt. Dafür ist es auch essentiell, dass es sich in Darfur um einen Genozid handelt. Und so dreht sich die Debatte im großen Teilen um diese Frage, die akademisch sicher interessant ist, den Menschen vor Ort jedoch wenig hilft. Käme man gegebenenfalls und rein hypothetisch zu dem Schluss, dass es sich in Darfur nicht um einen Völkermord handelt, könnte also das große Aufatmen einsetzen, nach dem Motto: „Na, dann ist es ja nicht so schlimm“. Das allerdings wäre fatal.

Jeglicher historischer Vergleich zwischen aktuellen Menschenrechtsverletzungen und Nationalsozialismus und Holocaust muss in Betracht ziehen, dass die Unterschiede grundsätzlich sind. Die Konsequenz könnte ein Abschwächen politischen und gesellschaftlichen Engagements heute sein. Aber: Es bedarf eines Eintretens für die Menschenrechte auch unterhalb des Sachverhalts Völkermord und jenseits der historischen Kenntnis des Nationalsozialismus.

Der Bezug auf Darfur zeigt auch, dass viele Debatten über Aktualität und Vergleichbarkeit international geführt werden. Deshalb sollten internationale Vernetzungen über diese Fragestellungen ausgebaut werden. Gerade an dem Ort, der so zentral die Frage nach den Tätern stellt, sollte dies als Chance verstanden werden.

Die grundlegenden Probleme in Bezug auf die Thematisierung von Menschenrechten sollten nicht zum Rückzug aus den stattfindenden Debatten in einen sehr eng gefassten Auftrag – nämlich den der historischen Dokumentation – führen. Es gilt die Möglichkeiten auszuloten, die in der Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus für die Gegenwart stecken. Wenn auch direkte Handlungsoptionen sich nicht aus der Geschichte ableiten lassen, so bleibt die Frage nach Möglichkeiten von Gegenwartsbezügen am historischen Ort der Topographie des Terrors nach wie vor aktuell. Hier gilt es den schmalen Pfad zwischen Möglichkeiten und Grenzen immer wieder auszuloten. Auch die Debatte um die Rolle der Menschenrechte sollte die Stiftung Topographie des Terrors somit aufgreifen, sich aktiv einmischen und ihre Grenzen und Möglichkeiten aufzeigen. Institutionell kann dies zur Folge haben, die Zusammenarbeit mit Menschenrechts-Organisationen in Bezug auf diese Fragen auszubauen und mit einem je eigenen institutionellen Profil Antworten zu suchen.

Beide Themenkomplexe – Totalitarismus und Menschenrechte – stellen letztlich Fragen nach Einzigartigkeit und Unvergleichbarkeit des Nationalsozialismus in einem veränderten gesellschaftlichen und weltpolitischen Rahmen. Die Topographie wird sich diesen Fragen differenziert stellen müssen, auch, um die eigenen Aufgaben klar definieren zu können.

Dies gilt zuerst einmal intern für die Mitarbei-

terinnen und Mitarbeiter und für die Diskussionen in den verschiedenen Gremien. Perspektivisch wird es aber auch sinnvoll sein, diese Diskussionen in der Öffentlichkeit zu führen.

Insgesamt wird sich in den kommenden Jahren die Frage, welche Rolle der Geschichte in der Gegenwart zukommt, verstärkt stellen. Geschichte wiederholt sich nicht und daher lassen sich einfache historische Parallelen und Gleichsetzungen nicht konstatieren. Leichtfertig könnte daraus der Schluss in Politik und Öffentlichkeit gezogen werden, dass sich, wenn dies so sei, die Notwendigkeit historischer Auseinandersetzung an historischen Orten in diesem Umfang nicht mehr lohne. Einfachster Reflex wäre es, diesem Impuls nachzugeben und eben doch die oben angerissenen Sinnangebote zu machen.

Sinnvoller und wichtiger wäre es, den Fokus anders zu lenken: auf uns selbst. Die Selbstvergewisserung als Individuen wie als Gesellschaft kann nur mit dem Blick in die eigene Geschichte gelingen. So wie der Blick in die Familiengeschichte individuelle Nebel zu lichten vermag, so können wir nur verstehen, wie unsere Gesellschaft funktioniert, wenn wir verstehen, wo sie herkommt, welche geschichtlichen Verwerfungen es gab und in welcher Weise uns diese bis heute prägen. Die historische Erfahrung des Nationalsozialismus ist hierbei nach wie vor paradigmatisch und aktuell. Und so gibt es auch zwanzig Jahre nach Eröffnung des provisorischen Museumsbungalows der Topographie des Terrors zukünftig genug zu tun. Das Aktive Museum wird die konzeptionelle Entwicklung weiter kritisch begleiten.

*Matthias Haß*

*Dr. Matthias Haß, der 2001 über „Gestaltetes Gedenken. Yad Vashem, das U.S. Holocaust Memorial Museum und die Stiftung Topographie des Terrors“ promoviert hat, ist Beisitzer im Vorstand des Aktiven Museums. Von 2005 bis 2009 hat er das USA-Büro der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in Philadelphia hauptamtlich geleitet.*



## DER UMGANG MIT DEM DENKMAL FÜR DIE BÜCHERVERBRENNUNG AUF DEM BEBELPLATZ

Stellungnahme für die Sitzung des Petitionsausschusses des Berliner Abgeordnetenhauses am 15. Dezember 2009

Es freut mich sehr, von der Petition gegen den Umgang mit diesem Denkmal zu hören. Was auf dem Bebelplatz während der „Fashion Week“ passiert, ist ein aggressiver Eingriff in das Denkmal und seine Funktion. Ich empfinde es als Schande. Ich bekomme mehr und mehr böse Reaktionen von enttäuschten Besuchern, viele aus dem Ausland, die das Denkmal gar nicht sehen konnten oder manchmal nur in Verbindung mit einer unmöglichen Situation unter dem Zelt der Modenschau.

Das Denkmal ist gebaut aus der Leere und aus der Ruhe. Es ist das Grab einer Bibliothek. Erst hat man vor ein paar Jahren beim Bau der Tiefgarage die Erde von unten genommen; jetzt will man den Himmel oben mit seinen Spiegelungen des Wolkenrauchs, der das tägliche Verbrennen repräsentiert, entfernen. Damit auch das ewige Licht.

Ich sehe den ganzen leeren Bebelplatz als das Denkmal, genau dort, wo am 10. Mai 1933 die Bücherverbrennung passierte. Die Zuschauer auf dem Platz, die Leute, die nach unten schauen, sie sind das Denkmal.

Wie ich von vielen Seiten höre, ist dieses Denkmal heute weltweit bekannt und respektiert. Das Zelt der „Fashion Week“ auf dem Platz und über dem Denkmal verletzt die Erinnerung an die erste bedeutende öffentliche Schreckens-Aktion des „Dritten Reiches“ mit allen ihren Bedeutungen. Ich kann nicht verstehen, dass Berlin so etwas akzeptiert. Wie geht man um mit so einem einmaligen Ort? Das ist die Frage an Berlin, vielleicht auch an Deutschland.

Diese schwere Verantwortung will ich nicht persönlich tragen. Diese Verletzung dieses authentischen Ortes ist viel größer und wichtiger als meine persönlichen Rechte. Wie ich es sehe, ist das Problem nicht juristisch, sondern vielmehr politisch, historisch, moralisch. Es geht um die



*Kurz nach der Einweihung des Denkmals zur Erinnerung an die Bücherverbrennung auf dem Bebelplatz, 22. März 1995*

Frage nach dem Willen: Was will die Stadt von diesem Ort? Weil der Platz leer ist, ist die Frage vielleicht größer. Ich will niemanden zwingen, das hat für mich keinen Sinn.

Ich weiß, es gibt in Berlin einen großen Widerstand gegen die „Fashion Week“. Ich würde mich über jede Aktivität freuen, die in diese Richtung geht, und ich bin auch bereit, mich daran zu beteiligen. Mehrmals habe ich vorgeschlagen und meine Hoffnung geäußert, dass dieser Ort sich zum Ort der Erinnerung, des Geistes und der Kultur entwickeln wird. Ich will hier die Empfehlung der Kommission „Kunst im Stadtraum“ des Bezirks Berlin-Mitte aus diesem Jahr zitieren: „Der Bebelplatz soll grundsätzlich nicht für kommerzielle Zwecke vergeben werden. Bei anderen Projekten soll sicher gestellt werden, dass das Mahnmal von Micha Ullman frei bleibt und jederzeit erlebbar ist.“

Lasst diesen Ort in Ruhe.

*Micha Ullman, Ramat HaSharon, 10. Dezember 2009*

## DIE WANDERAUSSTELLUNG ÜBER VARIAN FRY HAT IN RÖBEL/MÜRITZ STATION GEMACHT



Nach der Rückkehr aus den erlebnisreichen Schweizer Bergen (siehe Bericht im Mitgliederrundbrief Nr. 60) ist die Ausstellung nun wieder auf Wanderschaft gegangen – diesmal aufs flache Land nach Mecklenburg-Vorpommern. In der Jugendbildungsstätte Alte Synagoge Röbel an der Müritz machte sie bis Ende 2009 Station.

Mit tatkräftiger Unterstützung der Mitarbeiter des Trägervereins „Land und Leute e.V.“ bauten wir Anfang November in einer konzentrierten Aktion in guter Atmosphäre die Ausstellung in der restaurierten ehemaligen Synagoge auf. Nach einer kurzen Anreise durch die schöne herbstliche Seenlandschaft und gestärkt durch Kaffee samt süßen Stückchen schritten wir zu siebt zur Tat. Wichtige Fragen waren wie immer erst vor Ort zu lösen: Stehen die Tafeln besser mit Füßchen oder halten sie auch ohne? Reichen beim Aneinanderketten von sieben oder acht Tafeln tatsächlich jeweils zwei Verbindungselemente oder sollten wir nicht doch drei anbringen? Wo sind die Steckdosen für den wichtigen Ton? Wieso wirken 70 Quadratmeter Raumfläche plötzlich so klein? Und was machen wir mit der dekorativen Palme, die

hier in Röbel schon einige Abendveranstaltungen geschmückt hat? Stört sie eher oder passt sie eventuell zu Südfrankreich? Letztendlich hat alles seinen Platz gefunden und uns erwartete nach getaner Arbeit ein leckeres Abendessen.



Bei der Eröffnung am nächsten Tag zeigte sich erfreulicherweise wieder einmal, wie gut die Raumin szenierung wirkt: Die kurz gehaltenen Texte auf den Tafeln animierten Schüler und Erwachsene zum Lesen, die Hörstationen und Leseboxen zur vertiefenden Lektüre.

Festzustellen bleibt, dass auch zwei Jahre nach der großen Ausstellung in der Akademie der Künste am Pariser Platz in Berlin Varian Fry nach wie vor für viele ein Unbekannter ist, wie die intensiven Fragen während des Aufbaus gezeigt haben.

Auch künftig steht die Ausstellung allen interessierten Institutionen gerne zur Verfügung, im Spätsommer 2010 wird sie wohl in Viernheim zu sehen sein.

*Robert Bauer, Marion Neumann*

*Robert Bauer ist Beisitzer im Vorstand des Aktiven Museums, Marion Neumann hat die Ausstellung über Varian Fry seinerzeit gemeinsam mit Angelika Meyer kuratiert.*

## ANSPRACHE ZUR ERÖFFNUNG DER AUSSTELLUNG „VERRATEN UND VERKAUFT“ IM FOYER DER WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTLICHEN FAKULTÄT DER HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN AM 14. OKTOBER 2009

Meine sehr verehrten Damen und Herren,  
liebe Freunde und Kollegen,

im Folgenden möchte ich kurz das Forschungsprojekt „Jüdische Gewerbeunternehmen in Berlin zwischen 1931 und 1945“ skizzieren, das die Grundlage für die heute wiedereröffnete Ausstellung bildet. Da ich dies dank des Erfolgs der Ausstellung neuerdings in schöner Folge regelmäßig tue, möchte ich mich hier kurz halten und nur anführen, dass das Projekt neben einem analytischen auch ein dokumentarisches Ziel verfolgt. Hierfür war es auf Grund einer ausnehmend schwierigen Quellenlage notwendig, alle publizierten Veränderungen des Berliner Handelsregisters in einer Datenbank zusammenzuführen. In einem nächsten Schritt wurden die uns aus Quellen oder Publikationen als jüdisch bekannten Unternehmen identifiziert. Eingeschoben sei, dass „jüdisch“ in diesem Falle oft „als jüdisch verfolgt“ bedeutet und unsere Identifizierung ein Stück weit Zuschreibung ist. Die Identifizierung ist inzwischen weitgehend abgeschlossen. Es konnten (Stand 13.10.2009) bislang insgesamt 7.923 Unternehmen sicher als jüdisch bestimmt werden. Stichproben legen nahe, dass wir nunmehr rund zwei Drittel aller im Handelsregister eingetragenen Unternehmen identifiziert haben.

Aus den gesammelten Unternehmensdaten wird überdeutlich, dass wir uns hier im Gebäude der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät, der ehemaligen Handelshochschule in der Spandauer Straße im ehemaligen Geschäftszentrum Berlins befinden: Um uns herum lagen 1933 Hunderte jüdischer Unternehmen, nicht zuletzt die Büros der jüdischen Besucher der Berliner Börse, die sich direkt hinter dem Gebäude befand, in

dem wir heute sitzen. Wären wir vor fünfundsiebzig Jahren nicht über den Hinterhof zur Börse an der Spree, sondern aus dem Vordereingang der Handelshochschule getreten, so hätte sich uns gegenüber in der Spandauer Straße 41 ein Geschäftshaus befunden, in dem mindestens fünf jüdische Unternehmen ansässig waren. Dies waren: Hugo Hermann & Co Herrenkleider en gros (bis November 1939), die Baumwollfabrik Benas Levy (bis November 1939), die Bank Marx & Sündermann (bis Januar 1936), die Pappenhandlung H. Meyer Nachf. (im Januar 1939 vollständig in nicht-jüdischen Besitz gegangen) und die Geflügel-Import-GmbH Leopold Spitzer (letztlich im März 1938 gelöscht).

Vor diesem Hintergrund finde ich es sehr passend, dass wir die Ausstellung heute hier eröffnen dürfen und ich möchte Herrn Professor Schwalbach ganz herzlich dafür danken, dass er sich hierfür so eingesetzt hat. Die Studierenden der Fakultät möchte ich einladen, sich der Geschichte der jüdischen Unternehmen in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft anzunehmen. Ich werde sie dabei gern unterstützen.

Zu den wichtigsten wissenschaftlichen Erkenntnissen unseres Forschungsprojektes zählt es erstens, dass Berlin ab 1933 als Zufluchtsort hunderter jüdischer Unternehmen aus dem Reich diente und in der Stadt wohl tatsächlich so etwas wie ein eigener jüdischer Wirtschaftssektor entstand. Zweitens ist es ebenso bemerkenswert wie erschreckend, dass in Berlin die Vernichtung der jüdischen Gewerbetätigkeit in die Deportation der Gewerbetreibenden überging. Hierzu ein Beispiel: Unter der Firma Hermann Fränkel führte die Witwe Lea Fränkel in der Landsberger Straße 25 einen Großhandel für Galanteriewaren und Raucherbedarf. Die Inhaberin reagierte im Februar und März 1938 nicht auf die Aufforderung der Industrie- und Handelskammer, ihr über die Geschäftsentwicklung und etwaige Veränderungen zu berichten. Daraufhin leitete das Amtsgericht ein Verfahren zur Löschung des Unternehmens ein. Hiergegen erhob Lea Fränkel Einspruch und verwies darauf, dass ihr Unternehmen noch bestehe. Schließlich zahle sie Beiträge an die IHK. Die letzte Bemerkung war eigentlich ein Gemeinplatz,

traf aber den Punkt. Letztlich zahlten die jüdischen Unternehmen ihre Beiträge auch für die immer deutlicher werdenden Anstrengungen der Kammer (die Träger der Handelshochschule war, in deren Gebäude wir uns heute befinden), sie aus dem Handelsregister zu löschen. Nun konnte Fränkel nachweisen, dass die Umsätze ihres Unternehmens zwischen 1935 und 1938 gestiegen waren – und so wurde das Verfahren ausgesetzt. Als dann aber die Umsätze des Unternehmens Anfang 1939 empfindlich abnahmen, schlug die IHK dem Gericht im Juni vor, das Lösungsverfahren wieder aufzunehmen. Dies ging selbst dem Gerichtsbeamten zu weit. Zwar sei Anfang des Jahres 1939 ein Einbruch zu verzeichnen gewesen, danach seien die Umsätze aber wieder angestiegen. Deshalb solle man doch noch einmal sechs Monate warten. Nach diesen sechs Monaten, im Februar 1940, musste dann aber auch die IHK anerkennen, dass sich der Geschäftsbetrieb des jüdischen Unternehmens im letzten Jahr günstig entwickelt hatte! Damit trat im Papierwerk der Akte eine Zeit lang Ruhe ein. Erst Mitte Mai 1942 meldete sich der Polizeipräsident und erklärte, dass das Unternehmen seinen Betrieb am 14. November 1941 eingestellt habe und am 10. April 1942 aus der Liste der jüdischen Gewerbebetriebe gelöscht worden sei. Als das Registergericht daraufhin mittels der Standardprozedur die Löschung des Unternehmens erwirken wollte, wurde den Beamten seitens des Einwohnermeldeamts des Polizeipräsidiums mitgeteilt, dass die Inhaberin am 14. November 1941 nach Minsk „überführt“ worden sei. Damit hatte erst die Deportation der Inhaberin zur Einstellung des Betriebs geführt. Im Minsker Ghetto herrschten derartig schreckliche Bedingungen, dass von den knapp 7.000 aus Deutschland dorthin deportierten Juden höchstens 30 überlebt haben. Auch Lea Fränkels Spuren verlieren sich dort.

Von Minsk nach Berlin. In der Neuen Friedrichstraße 4, die parallel zur Stadtbahn durch die Innenstadt führte und unseren Standort nördlich begrenzt, befand sich bis zum Oktober 1938 die Polsterhandlung von Josef Juliusburger. Deren langjähriger Inhaber erhielt am Tag nach der Wannsee-Konferenz den Deportationsbefehl. Daraufhin wählte er am 22. Januar 1942 „den einzigen möglichen Weg des Freitods“. Seinen Abschiedsbrief ver-

fasste er auf seinem Geschäftspapier! Hierin begründete er seinen Schritt damit, dass es gegen sein Ehrgefühl gehe, „zu unterschreiben, dass ich staatsfeindliche Gesinnung gezeigt habe und demnach ausgebürgert werde, was demnach auch die Folge hat, dass mein restliches in 36jähriger ehrlicher Arbeit erworbenes Vermögen beschlagnahmt wird.“

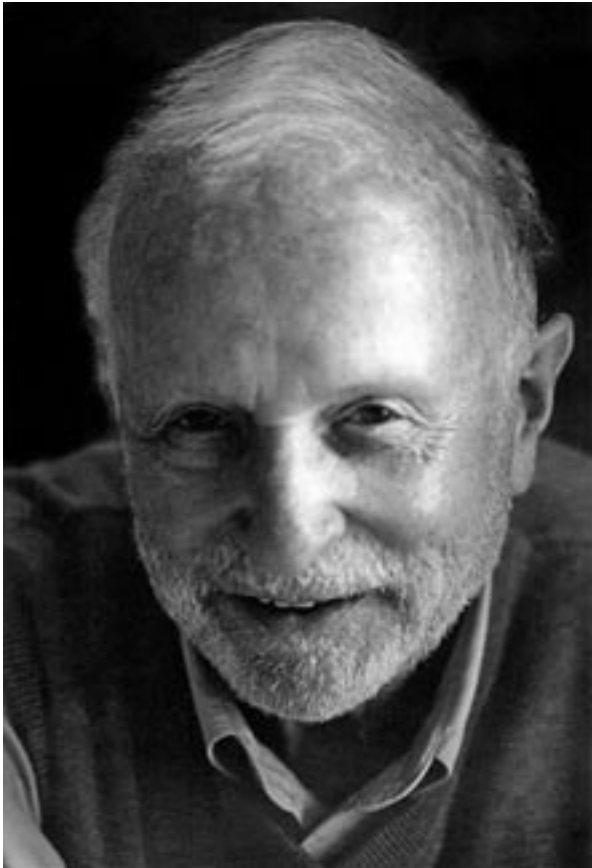
Dies führt mich zu einem mir sehr wichtigen Punkt: Herr Juliusburger fühlte sich offenbar durch die Verfolgung auch in seiner Ehre als Kaufmann getroffen. Wir müssen dies respektieren und die jüdischen Unternehmer als Kaufleute ernst nehmen. Nach Jahren der seelenlosen Kennziffer-Ökonomie à la Rappaport ist im Angesicht der heutigen Wirtschaftskrise das Ideal des ehrbaren Kaufmannes wieder en vogue und wird, ganz zu Recht, auch hier an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät wieder gepflegt. Doch hat dieses Ideal durch die Vernichtung der jüdischen Gewerbetätigkeit fast irreparablen Schaden genommen.

Ich möchte nicht schließen, ohne auf einen letzten Punkt hinzuweisen. Je länger ich an diesem Projekt arbeite, umso deutlicher wird mir, dass ich auch die Aufgabe habe, den jüdischen Familien, die nach ihren Wurzeln suchen, zu helfen, jene auch zu finden. Geschichtswissenschaft ist ja nicht nur eine Geisteswissenschaft, sondern besitzt, – das betont nicht zuletzt das Aktive Museum immer wieder –, eine gesellschaftliche Dimension in unserer Gegenwart. In diesem Sinne freue ich mich über jeden persönlichen Kontakt zu Angehörigen von ehemals verfolgten jüdischen Unternehmern und bin deshalb sehr froh, nun das Wort an Michael Mamlock übergeben zu dürfen, der schon seit Jahrzehnten nach den spärlichen Spuren seiner Familie sucht...

*Christoph Kreuzmüller*

*Dr. Christoph Kreuzmüller ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert mit Schwerpunkt im Nationalsozialismus der Humboldt-Universität zu Berlin.*

## REDE BEI DER TRAUERFEIER FÜR GERHARD LEO AM 8. OKTOBER 2009 IM ND-GEBÄUDE IN FRIEDRICHSHAIN



Als unser Gespräch einmal – vor vielen Jahren – auf das Thema Tod kam, sagte er, er habe keine Angst vor ihm. Er sei ja schon einmal beinahe gestorben, 1944, als er 20 Jahre alt war. Alles andere, was danach kam, sei nur ein „Zuschlag“ gewesen.

Im Juni 1944, da saß er bewacht von Wehrmachts-soldaten in einem Zug, der ihn nach Paris zu seinem Hochverratsprozess und dem sicheren Todesurteil bringen sollte. Als der Zug auf dem Bahnhof Alassac von Partisanen angegriffen wurde, wollten seine Bewacher fliehen. Doch bevor sie das taten, drehte

sich einer von ihnen noch einmal um und zielte mit der Pistole aus kurzer Entfernung auf seinen Kopf. Der Schuss traf nicht, er streifte ihn nur. Und der Rest ist bekannt. Gerhard Leo wurde von den Partisanen aus dem Zug geholt, er kämpfte mit ihnen bis zur Befreiung Frankreichs, danach ging er nach Deutschland zurück und begegnete Nora, seiner späteren Frau.

Hätten die Partisanen an diesem Tag den Zug nicht angegriffen, hätte der Wachsoldat nicht vor Angst und Aufregung daneben geschossen, dann hätten sich unsere Eltern niemals kennen gelernt und ineinander verliebt, dann wären wir drei Töchter nicht geboren worden, ebenso wenig wie die sechs Enkel, die beiden Urenkelinnen und die vielen anderen Urenkel und Ururenkel, die noch folgen werden.

Gerhard Leo war ein Überlebender. Das kann man so sagen, weil für Menschen seiner Generation und Herkunft in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts das Leben die wenig wahrscheinlichere Variante schien. Nicht nur dem gerade geschilderten Tod im Zug war er entkommen, er hatte ihn auch noch bei einigen anderen Gelegenheiten knapp verfehlt. Die meisten dieser abenteuerlichen Erlebnisse waren Jahre später zu Anekdoten geronnen, die er im Familien- und Freundeskreis mit Vergnügen erzählte. Ihr glücklicher Ausgang war schließlich verbürgt, er saß quasi in Gestalt des Erzählers vor uns.

Nur ein einziges dieser Überlebensabenteuer erzählte er bei solchen Gelegenheiten niemals. Das war die Geschichte seines Freundes Michel, der vor einer Aktion der Partisanengruppe in letzter Minute den vordersten Platz in der Auto-Kolonnen mit ihm getauscht hatte, der daraufhin in einen Hinterhalt geriet und von der SS ermordet wurde. Diese eine Geschichte habe ich erst aus seinem Buch „Frühzug nach Toulouse“ erfahren, das er nicht zuletzt für Michel geschrieben hat, an dessen Stelle er – so muss er es wohl empfunden haben – fortan weiterlebte.

[...]

Aus einem behüteten, materiell sorgenfreien Leben in der märkischen Kleinstadt Rheinsberg geriet der zehnjährige Gerhard 1933 mit seinen Eltern und Schwestern nach Paris. Das Haus mit Garten, Auto, Chauffeur und Dienstmädchen tauschten sie gegen eine winzige Wohnung und eine kleine Buchhandlung, die die Familie kaum ernähren konnte. Sie waren Flüchtlinge, wie es so viele in diesen Jahren gab.

Der Bruch mit der bisherigen Existenz war ausgelöst worden durch ein Ereignis, von dem Gerhard vor allem, als er älter wurde, immer häufiger und mit wachsender Erregung sprach: Es war die Verhaftung seines Vaters, kurz nach dem Reichstagsbrand, der vor seinen Augen von SA-Männern brutal zusammen geschlagen und in das KZ Oranienburg verschleppt wurde.

Dieses Erlebnis, so denke ich, erwies sich als prägend für sein gesamtes Leben, alle späteren Motive und Entscheidungen ergaben sich daraus nahezu zwangsläufig. Ich will nur einige von ihnen nennen, die mir die wichtigsten scheinen: die lebenslange Liebe zu Frankreich, zu den Menschen, der Sprache, der Kultur, dem Frankreich, das der Familie Zuflucht geboten hatte vor dieser ersten existentiellen Bedrohung. Dann die Entscheidung, sich dem Widerstand anzuschließen, als im Jahr 1940 die Verfolger, vor denen er sich schon sicher gewähnt hatte, plötzlich wieder da waren. Und schließlich die Entscheidung für die Kommunistische Partei, an die die Hoffnung geknüpft war auf eine Zukunft frei von Angst und Hass, Not und Krieg.

Es hätte in dieser Zeit auch andere Optionen gegeben – doch für viele junge Emigranten aus Deutschland, die wie unser Vater aus einer jüdischen Familie stammten, schienen das Engagement im antifaschistischen Kampf und der Eintritt in die kommunistische Bewegung nahezu identisch. Und wie schier unauflöslich diese damals geschlossene Symbiose letztlich war, trotz enttäuschter Hoffnungen und bitterer Erfahrungen, das zeigte sich in den Jahrzehnten, die der Befreiung von 1945 folgten.

In diesem Jahr 1945 verließ Gerhard Leo das geliebte Frankreich und ging nach Deutschland, einem Land, das er kaum kannte und dessen Bewohner seine Ideale schwerlich teilen konnten. Hätten sie sonst das Nazi-Regime bis zum Schluss verteidigt? Aber er ging dorthin, weil er erfüllt war von der Idee, dass der Kampf gegen die Mörder und Verbrecher weiter gehen und dass die einzig mögliche Schlussfolgerung aus der Vergangenheit der Aufbau des Sozialismus sein müsse.

Diesem Ziel hat er sich gewidmet, zunächst als Journalist und Nachrichtenmann der KPD in Düsseldorf, später seit 1952 in Berlin, in der DDR, wo er mit seiner Weltläufigkeit, seiner politischen Erfahrung und seinem Schreibtalent bald einer der führenden Journalisten dieses Landes war. Bei der Nachrichtenagentur ADN und dann viele Jahre lang beim „Neuen Deutschland“, zuletzt als Korrespondent im geliebten Frankreich.

Von den vierziger bis in die achtziger Jahre hinein war er als Reporter an vielen Brennpunkten der Weltgeschichte. 1946 in Nürnberg, wo die Nazis und Kriegsverbrecher abgeurteilt wurden, 1956 war er in Ungarn, kurz bevor der Volksaufstand losbrach, 1961 berichtete er vom Eichmann-Prozess aus Jerusalem. Als seine Redaktion ihn im Frühjahr 1968 zur Vietnamkonferenz nach Paris sandte, geriet er dort in die Demonstrationen und Barrikadenkämpfe und schrieb – unter Pseudonym „undercover“ ein bisschen so wie früher – seine Reportagen vom Mai 68. 1981 schließlich nach dem Sturz des Pol-Pot-Regimes, suchte er in Kambodscha die Spuren der Lager und die Zeugnisse der furchtbaren Massaker auf.

In den Grabenkämpfen des Kalten Krieges zwischen Ost und West, in dem auch die Journalisten ihre Rolle spielten, versuchte Gerhard Leo den Spagat zwischen der Disziplin des Parteisoldaten, der er sein sollte (und auch wollte) und dem eigenen Anspruch von Offenheit, Toleranz und Professionalität. Zweifellos mehr als einmal muss er dabei an die Grenzen seiner Möglichkeiten gestoßen sein. Aber über solche Dinge sprach er nicht. Dass er zum Beispiel im Juni 1967 als Moderator bei „Objektiv“, dem außenpoliti-

schen Magazin des DDR-Fernsehens gefeuert wurde, erfuhr ich erst aus seiner Stasi-Akte. Unmittelbar nach dem Sechs-Tage-Krieg hatte er sich geweigert, einen Filmbericht über „die aggressive Politik Israels“ wie es dort heißt, zu moderieren, weil er diesen Bericht für antisemitisch hielt. Weitere Konsequenzen hatte der Vorfall offenbar nicht.

Von solch mutiger Verweigerung, aber auch von seinen Zweifeln, von vergeblichen Kämpfen, den davon getragenen Verletzungen und traurigen Unterwerfungsgesten hat er zumindest uns Töchtern nichts erzählt. Er hätte uns damit nicht beirren wollen, gab er viel später einmal zu verstehen. Lange Zeit wollte er nicht wahrhaben, dass diese Unbeirrbarkeit, seine Unbeirrbarkeit auf die nächste Generation nicht einfach übertragbar war. Das selbstaufgelegte Schweigen und die Überzeugung, es gebe zur einmal gewählten Loyalität keine Alternative, muss ihn viel Kraft gekostet haben und zehrte an seiner Leichtigkeit und seinem Witz.

Den Herbst 1989 erlebte er – so hatte ich den Eindruck – in einem Wechselbad zwischen neuer Hoffnung und alten Ängsten. Die absolute Macht der SED zerbrach, doch letztlich gab es keine Reform des Sozialismus. Bald darauf stand die Existenz der DDR selbst zur Disposition und damit gleichzeitig auch der Sinn des bisherigen Schweigens und Stillhaltens. Dieser dritte historische Bruch in seinem Leben nach 1933 und 1945 war so heftig, dass er – ein Mann des Wortes – keine Worte fand für das Scheitern seiner Ideale. Er fand auch irgendwie (so habe ich es empfunden) keinen gedanklichen Rahmen mehr, in den er rückblickend sein gelebtes Leben als Ganzes hätte stellen können. Das Erinnerungsbuch, das er geschrieben hat, endet 1945.

Doch seine Gabe zum Glückhsein trug ihn trotzdem weiter. An die Stelle der zerbrochenen Zukunftsvision setzte er eine stille und alltägliche Aktivität. Viele Jahre lang, bis er gesundheitlich nicht mehr konnte, hat er mit großem Engagement etwas sehr Einfaches und Gutes getan, indem er verfolgten Menschen half, die in Deutschland Zuflucht gesucht hatten und die

von Abschiebung bedroht waren. Für ihn gab es einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen dieser Arbeit und seinen frühen Erfahrungen als Flüchtlingskind in Frankreich.

*Annette Leo*

*Dr. Annette Leo ist Historikerin und langjähriges Mitglied im Aktiven Museum.*

## **PUBLIKATIONEN DES AKTIVEN MUSEUMS**

zu beziehen über die Geschäftsstelle

### **Verraten und verkauft. Jüdische Unternehmen in Berlin 1933–1945**

**2., verbesserte Auflage**

Berlin 2009

5,00 Euro

### **Ohne zu zögern. Varian Fry: Berlin – Marseille – New York,**

**2., verbesserte Auflage**

Berlin 2008

20,00 Euro

### **Vor die Tür gesetzt.**

**Im Nationalsozialismus Verfolgte Berliner Stadtverordnete und  
Magistratsmitglieder 1933–1945**

Berlin 2006

15,00 Euro

### **Gedenktafeln in Berlin.**

**Orte der Erinnerung an Verfolgte des Nationalsozialismus 1991–2001**

Christiane Hoss / Martin Schönfeld, Berlin 2002

5,00 Euro

### **HAYMATLOZ. Exil in der Türkei 1933–1945**

Berlin 2000

20,00 Euro

### **HAYMATLOZ CD-ROM**

10,00 Euro

### **Gedenktafeln in West-Berlin.**

**Orte der Erinnerung an Verfolgte des Nationalsozialismus**

Martin Schönfeld, Berlin 1993

unentgeltlich gegen Portoerstattung



## IMPRESSUM

---

### Aktives Museum

Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.

Stauffenbergstraße 13-14  
10785 Berlin  
Tel. +49(0)30-263 9890 39  
Fax +49(0)30-263 9890 60

info@aktives-museum.de  
www.aktives-museum.de

### Vorstand

Dr. Christine Fischer-Defoy Vorsitzende  
Sabine Hillebrecht stellvertr. Vorsitzende  
Christine Kühnl-Sager stellvertr. Vorsitzende  
Robert Bauer  
Ursula Büchau  
Marion Goers  
Dr. Matthias Haß  
Angelika Meyer  
Monica Puginier

### Geschäftsführer

Kaspar Nürnberg

### Redaktion

Kaspar Nürnberg

### Konzept und Gestaltung

Lehmann & Werder Museumsmedien  
in Kooperation mit à la prima, Grafik Design

### Druck

MK Druck

### Neue Mitglieder sind willkommen!

Jahresbeitrag Einzelmitglied:  
55,00 Euro, ermäßigt 27,50 Euro

Jahresbeitrag Vereinigungen:  
165,00 Euro, ermäßigt 82,50 Euro

### Spendenkonto

Berliner Sparkasse  
BLZ 10050000  
Konto Nr. 610012282

IBAN: DE87 1005 0000 0610 0122 82  
BIC: BELADEBEXXX

### Bildrechtenachweis

Titel ullstein bild, Berlin  
S. 3 Georg Schertz, Berlin  
S. 5 aus: Reif/Schumacher/Uebel: Schwanenwerder.  
Ein Inselparadies in Berlin, Berlin 2000, S. III  
S. 6 ullstein bild, Berlin  
S. 7 ullstein bild, Berlin, Fotograf: Waldemar Titzenthaler  
S. 9 ullstein bild, Berlin;  
ullstein bild, Berlin, Fotograf: Peter Weller  
S. 10 Christine Fischer-Defoy, Berlin  
S. 16 Jürgen Henschel, Berlin  
S. 17 Marion Neumann, Berlin; Christine Kühnl-Sager, Berlin  
S. 20 Inge Viett

# **AKTIVES**MUSEUM

Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.

Stauffenbergstraße 13-14  
10785 Berlin

[www.aktives-museum.de](http://www.aktives-museum.de)

Tel 030 · 263 9890 39

Fax 030 · 263 9890 60

[info@aktives-museum.de](mailto:info@aktives-museum.de)